

OSZE-Delegation informierte sich in Belgrad über Lage der Medien

Utl.: Neues Mediengesetz und nicht aufgeklärte Journalistenmorde im Mittelpunkt =

Belgrad (APA) - Eine OSZE-Delegation hat einen mehrtägigen Besuch in Belgrad abgeschlossen und diesen als "wertvolle Informationsquelle zur Bewertung der Medienfreiheiten und Rechte" bezeichnet. Die Delegation wurde auch von Vertretern der Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) und des in Wien ansässigen Internationalen Presse Instituts (IPI) unterstützt, berichtete die OSZE-Mission in der serbischen Hauptstadt in einer Aussendung am Donnerstag. Die OSZE-Delegierten trafen demnach sowohl mit Regierungsvertretern, wie Innenminister Ivica Dacic und Kulturminister Nebojsa Bradic, als auch mit Medienvertretern zusammen.

Einige der Fragen, mit welchen sich die Delegation befasst habe, hätten sich auf einzelne Aspekte des Mediengesetzes sowie die nicht aufgeklärten Mordanschläge auf Journalisten bezogen, erklärte Dragana Nikolic Solomon, Leiterin der OSZE-Medienabteilung in Belgrad. Das im September erlassene Mediengesetz sorgte für heftige Proteste der Journalistenverbände. Es sieht unter anderem eine Verpflichtung für Zeitungsverleger vor, ständig ein bestimmtes Grundkapital auf ihren Konten zu führen. Hohe Geldstrafen sind bei Verstößen gegen das Prinzip der Unschuldsvermutung vorgesehen. Das Gesetz wurde unterdessen vor dem Verfassungsgericht angefochten. Das Verfahren ist noch im Gange.

Bei den nicht aufgeklärten Mordanschlägen auf Journalisten geht es unter anderem um die Ermordung des Belgrader Publizisten Slavko Curuvija im April 1999 in der Belgrader Innenstadt. Nie aufgeklärt wurde zudem der Mordangriff auf den Journalisten Milan Pantic im zentralserbischen Jagodina vor sieben Jahren. Pantic war als Kritiker lokaler Behörden bekannt. Auch der Tod der Belgrader Journalistin Dada Vujasinovic im Jahre 1994, der vom Regime Slobodan Milosevics zunächst fälschlich als Selbstmord bezeichnet worden war, ist nie aufgeklärt worden.

(Schluss) oz/chg/cvo

APA0443 2009-12-03/14:51

031451 Dez 09

Slowene Bergant erhält Südosteuropa-Medienpreis

Utl.: Für internationales Fernsehprojekt Alpe Adria sowie seinen Einsatz für Minderheiten =

Wien (APA) - Der slowenische Journalist Boris Bergant erhält heuer den "Dr. Erhard Busek-SEEMO-Preis für bessere Verständigung in Südosteuropa". Bergant gehört zu den Mitbegründern des grenzüberschreitenden TV-Projekts Alpe Adria. Der Preis wird von der in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) ausgeschrieben. Die Überreichung der Auszeichnung durch Busek und SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic ist laut Aussendung vom Freitag für den 16. Oktober in Wien geplant.

Der 61-jährige Bergant bekomme die Auszeichnung für seinen "fortgesetzten und herausragenden Beitrag" zu einer besseren Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen öffentlich-rechtlichen Mediendiensten in Südosteuropa, hieß es. Konkret geehrt wird er u.a. für seinen Einsatz für nationale Minderheiten im Rahmen der pan-europäischen TV-Koproduktion "Minderheiten - Der Reichtum Europas" (1983-86).

Alpe Adria wurde 1983 ins Leben gerufen. Es ist damit das älteste internationale Rundfunkprojekt in Europa, das es noch gibt. Während der Kriege beim Zerfall Jugoslawiens errichtete Bergant zudem ein Zentrum für humanitäre Hilfe in Ljubljana. Im Rahmen der European Broadcasting Union (EBU) half er 1999, im Kosovo RTK als unabhängigen Sender neu aufzubauen.

Gestiftet wird der SEEMO-Preis in Höhe von 2.000 Euro von Ex-Vizekanzler Busek. Zu den bisherigen Preisträgern seit 2002 gehörten u.a. der ehemalige Chefredakteur der in Sarajevo erscheinenden Tageszeitung "Oslobodjenje", Kemal Kurspahic, und im Vorjahr die serbische TV-Journalistin Brankica Stankovic.

Busek ist Osteuropa- und Balkan-Experte. Seit 1995 ist er Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), seit 1996 Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative (SECI). Lange Jahre war der ÖVP-Politiker Busek auch EU-Sonderkoordinator des Südosteuropa-Stabilitätspaktes, der im Vorjahr durch einen regionalen Kooperationsrat abgelöst wurde.
(Schluss) mri/mp

APA0293 2009-09-25/12:57

251257 Sep 09

Kurden-Führer Öcalan legte Ankara Friedensplan vor - TM

Utl.: Armee stellt PKK-Rebellen Amnestie in Aussicht - Asyl für
Rebellen-Chefs in Skandinavien? - Kritik an Schließung
kurdischer Zeitung =

Istanbul/Ankara/Wien (APA/dpa/AFP) - Der inhaftierte Chef der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, hat der türkischen Regierung einen Friedensplan zur Lösung des Kurden-Konflikts unterbreitet. Öcalan habe seine seit längerem angekündigte "Road Map" bereits am 20. August der Gefängnisverwaltung übergeben, die sie der Regierung in Ankara übermitteln sollte, sagte sein Anwalt Ömer Günes am Donnerstag in Istanbul. Details zu den mit Spannung erwarteten Vorschlägen nannte er nicht. Armee und Regierung in der Türkei haben unterdessen an die Kämpfer der militanten kurdischen Untergrundbewegung PKK appelliert, sich zu ergeben, und ihnen Straffreiheit in Aussicht gestellt.

Günes hatte seinen Mandanten Öcalan am Vortag auf der Gefängnisinsel Imrali, die im Marmarameer liegt, getroffen. Der Inhaftierte kann seine Anwälte einmal pro Woche sprechen. Öcalan sitzt seit seiner Festnahme am 15. Februar 1999 als einziger Häftling auf der Insel ein. Die PKK wird von den USA und der EU als Terrororganisation eingestuft. Öcalan, dessen Verurteilung zum Tode in lebenslange Haft umgewandelt worden war, gilt vielen Kurden noch immer als Symbolfigur für ihre Unabhängigkeitsbestrebungen.

Die türkische Regierung signalisiert seit einigen Monaten, dass sie der kurdischen Volksgruppe in der Türkei mehr Rechte geben will. "Wir können nicht bis Ende des Jahres warten. Das ist zu spät. Wir können in diesem Prozess mit dem beginnen, was schon umsetzbar ist", wurde Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan von der gemäßigt islamischen Regierungspartei AKP zitiert. Er lehnt aber eine direkte Zusammenarbeit mit Öcalan und seiner PKK weiter kategorisch ab. In dem Konflikt zwischen der PKK und der türkischen Armee sind nach offiziellen Angaben aus Ankara bisher mindestens 35.000 Menschen getötet worden.

Avancen machte unterdessen auch die türkische Armee, die die PKK-Rebellen in der Südosttürkei erbittert bekämpft. "Wir sagen: Kommt, ergebt euch. Vertraut der türkischen Justiz", sagte Generalstabschef Ilker Basbug laut Presseberichten vom Donnerstag. Die meisten PKK-Kämpfer hätten keine Strafverfolgung zu befürchten. Ähnlich äußerte sich Ministerpräsident Erdogan. Nach Erdogans Worten soll der Plan der Regierung für eine Beilegung des Kurden-Konflikts bis zum Jahresende fertig sein.

Basbug und Erdogan verwiesen auf einen offiziellen Bericht, wonach zehn der 14 PKK-Kämpfer, die sich im Juli den Behörden ergeben hätten, sofort freigelassen worden seien. Nur zwei seien in Haft genommen worden, die anderen beiden seien trotz laufender Ermittlungsverfahren auf freiem Fuß. Der türkische Staat versucht seit Jahren mit Amnestieregelungen, die rangniedrigen PKK-Kämpfer dazu zu bringen, die Waffen niederzulegen. Bisher hatten diese Bemühungen jedoch kaum Erfolg.

Im Rahmen eines geplanten Maßnahmenpakets zur friedlichen Lösung des Kurden-Konflikts sollen die Amnestieangebote für die bisher verbotene Untergrundorganisation PKK nach Presseberichten noch einmal verbessert werden. Die Zeitung "Sabah" berichtete am Donnerstag zudem, das unter UN-Kontrolle stehende Flüchtlingslager Mahmur im Norden des Irak solle als Basis für die generelle Entwaffnung der PKK genutzt werden. Die in den nordirakischen Bergen verschanzte Führungsriege der PKK solle die Möglichkeit erhalten, nach Schweden oder Norwegen ins Exil zu gehen. Eine offizielle Stellungnahme zu dem Zeitungsbericht lag zunächst nicht vor.

Die Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkeren Kurdistan, PKK) kämpft seit 1984 für einen Staat der Kurden oder zumindest ein Autonomiegebiet im Südosten der Türkei. Aus den irakischen Kandil-Bergen operierende Rebellen-Kommandos zielten zumeist auf türkische Militärstreifen und Polizeistützpunkte. Die PKK verübte aber auch tödliche Anschläge fernab der Südosttürkei in Touristengebieten. Im Zuge des Konflikts flohen Hunderttausende Kurden in andere Landesteile. Auch der als PKK-Nachfolgeorganisation gegründete Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL) gilt als Terrorvereinigung. Trotz eines 2006 ausgerufenen Waffenstillstands gibt es immer wieder Kämpfe und Anschläge.

Unterdessen kritisierte die Südosteuropäische Medienorganisation (Seemo) am Donnerstag eine von einem türkischen Gericht verfügte erneute Schließung der Istanbuler Zeitung "Günlük" für einen Monat. Der Zeitung war Propaganda für die PKK vorgeworfen worden. Man sehe mit Sorge, dass "Günlük" womöglich nur bestraft wurde, weil das Blatt nicht auf Regierungslinie sei, kritisierte Seemo. Der Vizepräsident der türkischen Menschenrechtsorganisation IHD, Ismail Boyraz, sagte gegenüber dem Internationalen Presse Institut IPI, die Schließung ziele darauf ab, oppositionelle Gruppen mundtot zu machen.
(Schluss) hs

APA0412 2009-08-27/15:07

271507 Aug 09

SEEMO verurteilt Angriffe auf Journalisten in Montenegro

Utl.: Bürgermeister von Podgorica und sein Sohn verprügelten zwei Reporter =

Podgorica/Wien (APA) - Der Generalsekretär der in Wien ansässigen Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO), Oliver Vujovic, übt scharfe Kritik am Bürgermeister der montenegrinischen Hauptstadt Podgorica sowie an dessen Sohn, nachdem die beiden am Mittwoch zwei Journalisten der Tageszeitung "Vijesti" tötlich angegriffen hatten. Die Reporter Mihailo Jovovic und Boris Pejovic hatten die vor einem Café gesetzeswidrig geparkten Autos von Bürgermeister Miomir Mugosa von der regierenden Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) und dessen Sohn Miljan fotografiert.

Vujovic findet es "schockierend, dass eine öffentliche Person wie der Bürgermeister von Podgorica, aber auch sein Sohn, der für das Außenministerium arbeitet, sich Journalisten gegenüber, die nur ihre Arbeit verrichteten und sich entsprechend ausweisen konnten, dermaßen aggressiv verhält". Vujovic begrüßt in einer Aussendung vom Freitag die Untersuchungen der Polizei, hielt die montenegrinischen Beamten jedoch dazu an, "alles in ihrer Macht stehende zu tun, um solche Vorfälle in der Zukunft zu vermeiden".

Laut der Zeitung "Vijesti" hatte der Sohn des Bürgermeisters einem der Journalisten kurzfristig auch eine Pistole an die Brust gesetzt. Die zwei Journalisten kamen mit leichten Verletzungen davon. Gegen die Angreifer wurde Anzeige erstattet. "Vijesti", die sich zu 45 Prozent im Besitz der Styria Medien AG befindet, ist bekannt für investigative Reportagen und kritische Berichterstattung über die Regierung von Langzeit-Premier Milo Djukanovic. 2007 wurde der Miteigentümer der Zeitung, Zeljko Ivanovic, beim Verlassen eines Restaurants von Männern mit Stöcken angegriffen. Zudem hagelt es derzeit Schadensersatzklagen gegen das Blatt - laut serbischen Medienberichten aus dem Umfeld des Premiers.

SEEMO ist ein Netzwerk von Herausgebern und Journalisten in Südost- und Mitteleuropa. Die Organisation ist ein Partner des Internationalen Presseinstituts (IPI), das sich weltweit für Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung einsetzt.

(Schluss) fpr/fh/cvo

APA0333 2009-08-07/13:54

071354 Aug 09

Serbien: Früherer Milosevic-Anhänger verschickte Morddrohungen

Utl.: An Oppositionspolitiker Korac und Redakteur =

Belgrad/Sarajevo (APA) - Ein früherer feuriger Anhänger des jugoslawischen Präsidenten und Haager Angeklagten Slobodan Milosevic und seiner Frau Mira Markovic sorgt dieser Tage für Aufsehen. Die serbische Polizei will Sinisa Vucinic nun auch wegen Morddrohungen einvernehmen. Diese wurden vor zwei Tagen an den Redakteur der Belgrader Zeitschrift "Vreme", Milos Vasic, und den früheren serbischen Vizepremier, Oppositionspolitiker Zarko Korac, gerichtet.

Gegen den 44-jährigen Vucinic läuft in Belgrad seit Jahren ein Gerichtsverfahren, weil er in der früheren Residenz Milosevic' im Frühjahr 2001 versucht hatte, dessen Festnahme zu verhindern.

In einem Schreiben an "Vreme" und die bosnisch-serbische Tageszeitung "Glas sprske" ließ der gegenwärtig im herzegowinischen Trebinje wohnhafte Vucinic wissen, dass er bemüht sei, dass sich Vasic und Korac "in Bälde" zu dem im Jahr 2003 ermordeten Premier Zoran Djindjic gesellen. An "Vreme" schickte der Mann gleichzeitig auch ein "Beileidstelegramm" zum Tod Vasic'.

Die serbische Staatsanwaltschaft hat am Donnerstag die Drohungen Vucinic', der sich selbst als "Tschetnik-Chef" ausgibt, als "seriös" eingestuft und die Einvernahme des Mannes angeordnet.

Für eine sofortige Festnahme von Vucinic setzte sich unterdessen auch der Vorsitzende des bosnischen Staatspräsidiums, Zeljko Komsic, ein. Den Anlass lieferten Behauptungen Vucinic', "Hunderte Muslime und Kroaten" ermordet zu haben. Eine Sprecherin der bosnischen Staatsanwaltschaft schloss eine Festnahme von Vucic vorerst allerdings aus. Es liege keine Strafanzeige vor, präzisierte sie.

Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO hat unterdessen an die bosnischen Behörden appelliert, Ermittlungen gegen Vucinic einzuleiten und entsprechende Schritte zu unternehmen. (Schluss) oz/vib/cib/hf

APA0549 2009-07-30/16:24

301624 Jul 09

Albaner Besar Likmeta gewinnt Journalismus-Award der CEI

Utl.: Auszeichnung für hervorragende Leistungen im investigativen Journalismus vergeben =

Triest/Wien (APA) - Die Zentraleuropäische Initiative (Central European Initiative/CEI) hat in Kooperation mit der in Wien ansässigen Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) ihre mit 5.000 Euro dotierte Auszeichnung für hervorragende Leistungen im investigativen Journalismus an den jungen Albaner Besar Likmeta vergeben. "Als Signal der Unterstützung für die Entwicklung des investigativen Journalismus in Albanien, die im speziellen bedeutsam ist für dieses Land", hieß es in der Begründung der Jury.

Aus 26 Nominierungen aus zwölf europäischen Mitgliedsstaaten hat die Jury der CEI/SEEMO den 1983 geborenen Journalisten ausgewählt. Likmeta ist Herausgeber und Projektleiter des "Balkan Investigative Reporting Networks" (BIRN) und überzeugte mit Reportagen zu einer breitgefächerten Themenpalette, von gefälschten Diplomen über Konsumentenschutz bis zu Betrügereien bei großen Staatskooperationen. Teil der Jury war der in Graz beheimatete freie Südosteuropakorrespondent Norbert Mappes Niediek gewesen.

"Das persönliche Risiko während der Recherchen, die Qualität der Berichterstattung und das Gewicht der Botschaft an die Gesellschaft" seien die Hauptkriterien für die Auswahl des Gremiums am 29. Juni gewesen. Likmeta wird den zum zweiten Mal vergebenen Preis beim Journalisten Forum der CEI in Warschau im September entgegennehmen. Bei dieser Gelegenheit werden außerdem Esad Hecimovic aus Bosnien und Herzegovina und Stefan Candea aus Rumänien ein CEI/SEEMO-Diplom für anerkennungswürdige Beiträge zum Investigativjournalismus erhalten.

Die Zentraleuropäische Initiative CEI geht auf das Wendejahr 1989 zurück. Im November dieses Jahres wurde in Budapest von Österreich, Italien, Ungarn und dem damaligen Jugoslawien ein Abkommen über Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten unterzeichnet. Aus dieser "Plattform" ging die auf einen Gipfel in Wien formell beschlossene CEI hervor, der mittlerweile 18 Staaten angehören. Hauptziel der Initiative war und ist, Länder in Zentral- und Südosteuropa näher an die EU heranzuführen. Mit dem "CEI Award" soll die Rolle unabhängiger Medien in ihren Mitgliedsstaaten gestärkt werden.

(I N T E R N E T: <http://www.ceinet.org/home.php>

<http://www.seemo.org/>

<http://www.seemo.at/>)

(Schluss) fpr/vek/za

APA0421 2009-07-14/15:00

141500 Jul 09

Medienorganisation besorgt über Arbeitsmoral der kroatischen Polizei

Utl.: Ein Jahr nach brutalem Übergriff auf einen Journalisten noch immer keine Verhafteten =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO), eine Teilorganisation des Internationalen Presse Instituts (IPI), hat sich darüber besorgt gezeigt, dass mehr als ein Jahr nach dem tätlichen Angriff auf den kroatischen Journalisten Dusan Miljus, die zwei Täter noch immer nicht inhaftiert sind. SEEMO verlange von den kroatischen Behörden die Sicherheit von Miljus weiterhin zu gewährleisten und fordere gleichzeitig, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden, hieß es am Montag in einer Aussendung.

SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic erklärte, er würde "vollständige Ermittlungen" der kroatischen Polizei in diesem Fall begrüßen. Die Behörden seien aufgefordert ihre Bemühungen "zu steigern", um die Sache zum Abschluss zu bringen.

Der auf Kriminalität spezialisierte Reporter der kroatischen Tageszeitung "Jutarnij List" wurde am Abend des 2. Juni 2008 von zwei Unbekannten mit einem Baseballschläger verprügelt. Die Täter, die auf einem Motorrad vor dem Zagreber Wohnblock des Journalisten gewartet hatten, brachen ihm den Arm und fügten ihm eine Gehirnerschütterung zu.

(Schluss) chg/mri

APA0449 2009-06-15/15:44

151544 Jun 09

Zentraleuropäische Initiative CEI vergibt Journalisten-Preis

Utl.: Für hervorragende Leistungen im investigativen Journalismus =

Triest/Wien (APA) - Die Zentraleuropäische Initiative (Central European Initiative/CEI) hat in Kooperation mit der in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) auch heuer wieder eine mit 5.000 Euro datierte Auszeichnung für hervorragende Leistungen im investigativen Journalismus ausgeschrieben. Die CEI möchte mit dem "CEI Award 2009" die Rolle unabhängiger Medien in ihren Mitgliedsländern stärken, wie die Organisation am Dienstag in einer Aussendung mitteilte. Die Bewerbungsfrist endet am 15. Juni.

Die Ausschreibung richtet sich an aktive Journalisten aller Mediengenres - Print, Rundfunk, Online oder Agentur - aus den CEI-Ländern, darunter auch Österreich. Die Nominierung erfolgt über eine Einzelperson, Organisation bzw. ein Medienunternehmen, Selbstnominierungen sind nicht erlaubt. Der Sieger wird von einer internationalen Jury im September in Polen beim "CEI Journalisten Forum" gekürt. Der Preis war im vergangenen Jahr erstmals vergeben worden.

Die CEI wurde im November 1989 ins Leben gerufen. Die Idee einer "CEI Universität" wurde bei einem Gipfeltreffen in Triest 2001 geboren, die Gründung des Netzwerks erfolgte 2003. Generalversammlungen des Uni-Netzwerks werden alle drei Jahre abgehalten.

(I N T E R N E T: <http://www.ceinet.org/home.php>

<http://www.seemo.org/>

<http://www.seemo.at/>)

(Schluss) vib/ak

APA0357 2009-06-02/13:55

021355 Jun 09

Erhard-Busek-Medienpreis für Südosteuropa ausgeschrieben

Utl.: Auszeichnung für interethnische Verständigung - Mit 2.000 Euro dotiert =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) hat auch heuer wieder den "Dr. Erhard Busek - SEEMO-Preis für bessere Verständigung in Südosteuropa" ausgeschrieben. Ex-Vizekanzler Busek stiftet den Preis in Höhe von 2.000 Euro, wie die Organisation am Dienstag in einer Aussendung mitteilte. Bis zum 15. Mai können Reporter, Herausgeber, Geschäftsführer von Medien sowie Journalisten-Ausbildner, die gegen Minderheitenkonflikte, ethnische Trennung, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit auftreten, Einreichungen machen.

Zu den bisherigen Preisträgern seit 2002 gehörten u.a. der ehemalige Chefredakteur der in Sarajevo erscheinenden Tageszeitung "Oslobodjenje", Kemal Kurspahic, und im Vorjahr die serbische TV-Journalistin Brankica Stankovic.

Busek gilt als Osteuropa- und Balkan-Experte. Seit 1995 ist er Vorsitzender des Instituts für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM), seit 1996 Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative (SECI). Lange Jahre war der ÖVP-Politiker Busek auch EU-Sonderkoordinator des Südosteuropa-Stabilitätspaktes, der im Vorjahr durch einen regionalen Kooperationsrat abgelöst wurde.

(S E R V I C E: Nominierungen und Einreichungen an SEEMO/IPI Busek Award 2009 Spiegelgasse 2/29, 1010 Wien, E-mail: info@seemo.org; Internet: <http://www.seemo.org>)
(Schluss) mri/vos

APA0562 2009-04-21/15:55

211555 Apr 09

Medienorganisation sieht "besorgniserregende Tendenzen" in Slowakei

Utl.: IPI-Bericht kritisiert Angriffe aus der Politik und medienfeindliches Urteil gegen Radiosender =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Pressefreiheitsorganisation IPI (International Press Institute) hat in einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht laut einer Aussendung der Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) "besorgniserregende Tendenzen" in der Slowakei festgestellt. Unter den Journalisten in dem Nachbarland besteht demnach die Sorge, die journalistische Arbeit nicht ohne Angst vor Vergeltungsmaßnahmen tun zu können. Weitere Punkte, die der Bericht aufgreift, sind das umstrittene Mediengesetz von 2008 und das darin enthaltene Recht auf Gegendarstellung sowie verbale Angriffe von führenden Politikern auf Medien.

Für Besorgnis sorgte besonders ein Urteil gegen den privaten Radiosender Viva, der dem Kläger mehr als 30.000 Euro Wiedergutmachung zahlen muss, nachdem er 2004 über Korruptionsvorwürfe gegen ihn berichtete hatte. Die Information über den mutmaßlich korrupten Richter kam von offizieller Stelle, nämlich vom Innenministerium, wie die IPI-Partnerorganisation SEEMO unterstreicht. Der Richter hat mindestens zehn weitere Medien auf insgesamt über 4,3 Mio. Euro verklagt - wegen Berichten, die auf derselben Quelle fußten.

IPI-Direktor David Dudge spricht von Folgen für andere Radiosender, auch weil die Verurteilung des ausgewogen berichtenden Viva den Glauben an das Funktionieren der Justiz unterminiert habe. Er forderte die links-nationalistische Regierung von Robert Fico auf, sicherzustellen, "dass die Medien ihre Arbeit ohne politische Einmischung tun können und dass Gesetze nicht zur Verfolgung und Beschimpfung von Journalisten dienen".

Seit dem Vorjahr besteht das IPI, das eine Gesetzesnovelle ebenso fordert wie einen verstärkten Dialog zwischen Justiz und Presse, auch in der Slowakei. Der Vorsitzende Pavol Mudry sagte, er wolle den aktuellen Bericht "als Anfang einer offenen Debatte sehen". Es handelt sich um den ersten einer Reihe geplanter Berichte für die Staaten Mittel- und Südosteuropas.
(Schluss) cvo/ade

APA0557 2009-04-15/17:17

151717 Apr 09

Moldawien/Protest/Regierung/Medien/Unruhen

Medienorganisationen besorgt über Pressefreiheit in Moldawien

Utl.: Reporter an der Grenze gestoppt =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropäischen Medienorganisation (SEEMO) hat die Regierung Moldawiens aufgerufen, das Recht von Journalisten auf Bewegungsfreiheit zu achten. "Ich appelliere an die moldawischen Behörden, das Recht auf freie Bewegung von Einzelpersonen und Journalisten sowie die Meinungsfreiheit (...) zu achten", erklärte SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic am Freitag in einer Aussendung. Die Organisation berichtete, dass eine Gruppe von Reportern, die über die Unruhen vom Dienstag in Chisinau berichten wollten, an der Grenze nicht durchgelassen wurden.

Auch Medienorganisationen aus Moldawien und Rumänien protestierten gegen Schritte der moldawischen Behörden gegen die Medienfreiheit, so SEEMO. Vujovic betonte, für die Einreise von EU-Bürgern sei lediglich ein Reisepass nötig. Eine Akkreditierung - wie offenbar an der Grenze verlangt - sei "gegen die Regel".

Laut der Südosteuropäischen Medienorganisation wurde am Freitag die Chefredakteurin des "Jurnal de Chisinau" vor dem Regierungsgebäude von vier unbekanntem Zivilisten "gekidnappt". Sie sei dann von der Polizei verhört und zwei Stunden später freigelassen worden. Der Kontakt zu dem Kameramann Doru Dendiu vom rumänischen Sender TVR sei abgebrochen, nachdem ihn die Polizei in der Früh daran hinderte, seine Arbeit zu machen.

Nach dem Sieg der seit 2001 an der Macht befindlichen Kommunisten bei der Parlamentswahl am vergangenen Sonntag war es in Chisinau zu schweren Unruhen mit rund 270 Verletzten und etwa 200 Festnahmen gekommen; eine Person starb. Die Demonstranten waren meist Jugendliche.
(Schluss) mri/zr

APA0319 2009-04-10/14:39

101439 Apr 09

Republika Srpska: SEEMO verurteilt Drohungen gegen Journalisten

Utl.: Südosteuropäische Medienorganisation kritisiert "schwerwiegende Verletzung der Pressefreiheit" =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO hat die in letzter Zeit vermehrt auftretenden Drohungen und Übergriffe gegen Slobodan Vaskovic, einen Journalisten aus Banja Luka in der bosnisch-serbischen Republik (Republika Srpska) verurteilt. Vaskovic hatte einen Drohbrief einer Gruppe namens "Die serbischen Rächer" erhalten. Zuletzt führte er mit einem bosnischen Fernsehteam Recherchen über die serbisch-orthodoxe Kirche durch.

Laut Poststempel wurde der Drohbrief von Trebinje (Republika Srpska) am 11. März abgeschickt, wie SEEMO am Donnerstag in einer Presseaussendung berichtete. In Trebinje waren Vaskovic und das TV-Team der Bosniakisch-Kroatischen Föderation (TV FBiH) am 18. März auch während der Dreharbeiten angegriffen worden, als sie eine serbisch-orthodoxe Kirche für die populäre Polit-Sendung "60 Minuten" aufnehmen wollten.

Oliver Vujovic, Generalsekretär der Organisation SEEMO, verurteilte die Vorfälle in Trebinje auf das Schärfste. Ein Fernsehteam bei der Arbeit zu behindern, sei eine "schwerwiegende Verletzung der Pressefreiheit" sowie demokratischer Prinzipien. "Für eine demokratische Gesellschaft ist es essenziell, in einer freien Umgebung ohne Angst vor Repressionen zu arbeiten." Darum begrüße er auch die Ermittlungen der Polizei, die bereits aufgenommen wurden. Die Untersuchungen haben bisher jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt.

SEEMO ist eine Teilorganisation des Internationalen Presse Instituts (IPI) und in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, Albanien, Mazedonien, Griechenland, Zypern, Ungarn, Slowakei, Tschechen, Polen, Ukraine, Weiß-Russland, Moldawien, Rumänien, Bulgarien, und in der Türkei aktiv. Die Organisation setzt sich für die Pressefreiheit in Südosteuropa ein.

(Schluss) fpr/sib/zr

APA0383 2009-03-26/13:03

261303 Mär 09

SEEMO verurteilt Kritik Skopjes an mazedonischer Nachrichtenagentur

Utl.: Südosteuropäische Medienorganisation: Keinen politischen Druck auf Medien ausüben =

Wien/Skopje (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation (SEEMO) kritisiert die verbalen Beschuldigungen von offizieller mazedonischer Seite gegen die Nachrichtenagentur Makfax. Laut SEEMO hat Marjan Madzovski, der Kabinettschef des mazedonischen Parlamentspräsidenten, am 10. März Makfax beschuldigt, unprofessionell zu arbeiten, ungenaue Nachrichten auszusenden und gegen das diplomatische Protokoll zu verstoßen.

Makfax veröffentlichte laut SEEMO das Programm des offiziellen Skopje-Besuchs des tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolanek. Dieser hatte Gespräche mit Staatspräsident Branko Crvenkovski und Premier Nikola Gruevski. Eine Unterredung mit Parlamentspräsident Trajko Veljanovski, der ebenfalls mit dem tschechischen Regierungschef zusammentraf, wurde allerdings nicht erwähnt.

Zu dem Zeitpunkt, als Makfax die Nachricht veröffentlichte, lag noch keine Pressemitteilung aus dem Parlament vor, wonach ein Treffen zwischen Topolanek und Veljanovski stattgefunden habe. Nach der Bestätigung dieses Treffens veröffentlichte Makfax dieses Faktum auf seiner Website. Die Presseagentur forderte nun eine Entschuldigung für die Beleidigungen des Kabinettschefs Madzovski.

SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic verurteilte die gegenüber Makfax erhobenen Beschuldigungen und jeden Versuch von Regierungen oder Staaten, Journalisten oder die freie Presse zu unterdrücken. Journalisten müssten frei über Geschehnisse berichten können. Die Medienunabhängigkeit beeinflussen zu wollen, sei inakzeptabel, so der Generalsekretär. SEEMO forderte die Behörden in Skopje auf, keinen politischen Druck auf die Medien auszuüben.

SEEMO ist eine Teilorganisation des Internationalen Presse Instituts (IPI) und in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, Albanien, Mazedonien, Griechenland, Zypern, Ungarn, Slowakei, Tschechen, Polen, Ukraine, Weiß-Russland, Moldawien, Rumänien, Bulgarien, und in der Türkei aktiv.

(Schluss) fpr/kar/hs

APA0653 2009-03-13/17:39

131739 Mär 09

SEEMO verurteilt Polizeiaktionen gegen mazedonische Journalisten

Utl.: Südosteuropa Medienorganisation beklagt Schikanen von albanischen Medienvertretern =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropäische Medienorganisation (SEEMO) hat das Vorgehen der mazedonischen Polizei gegen eine Gruppe von Journalisten verurteilt, die der albanischen Bevölkerungsgruppe angehören.

Laut SEEMO-Angaben hatte am 3. März die Polizei ein Auto von Journalisten durchsucht, die auf dem Weg in die Stadt Kumanovo waren, um dort von einer Wahlkundgebung zu berichten. Die Polizisten gaben keinen Grund für ihre 30-minütige Durchsuchung an und ignorierten den Status der Medienvertreter.

Die Journalisten arbeiten für die albanischsprachige Zeitung "Shqip Media". Sie wurden gezwungen, aus dem Auto auszusteigen und sich zwei Meter davon zu entfernen. Danach ließen die Polizisten die Reporter weiter fahren. Nach Angaben von Naser Pajaziti, Chefredakteur von Shqip Media, fühlten sie sich bedroht und wie Kriminelle behandelt, noch dazu seien sie zu spät zu ihrem Pressetermin gekommen.

SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic forderte die Behörden in Skopje auf, Journalisten und die Medienfreiheit besser zu schützen. Was sich am 3. März ereignet habe, sei nicht zu tolerieren. Die Polizei solle die Arbeit der Journalisten sichern anstatt sie zu behindern und zu schikanieren. Auch wolle er eine Begründung für die Durchsuchung durch die Polizei wissen, so Vujovic.

SEEMO ist eine Teilorganisation des Internationalen Presse Instituts (IPI) und in Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Serbien, Kosovo, Albanien, Mazedonien, Griechenland, Zypern, Ungarn, Slowakei, Tschechen, Polen, Ukraine, Weiß-Russland, Moldawien, Rumänien, Bulgarien, und in der Türkei aktiv.

(Schluss) fpr/kar/za

APA0622 2009-03-12/17:07

121707 Mär 09

SEEMO: Ermittlungen über Journalistenmord in Serbien intensivieren

Utl.: Reihe ungeklärter Morde an Medienvertretern =

Belgrad (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO (South East Europe Media Organisation) hat die serbischen Behörden am Mittwoch aufgefordert, ihre Ermittlungen über den Mord am serbischen Zeitungsverleger und Publizisten Slavko Curuvija zu intensivieren. Der Herausgeber der Wochenzeitschrift "Evropljanin" und der Tageszeitung "Dnevni telegraf" war am 11. April 1999 vor seiner Belgrader Wohnung ermordet worden.

Bis dato wurde niemand im Zusammenhang mit dem Mordfall angeklagt. "Die Verantwortlichen bleiben unbekannt", stellte SEEMO in einem Schreiben an die serbische Justizministerin Snezana Malovic fest. Auch einige andere Mordangriffe, darunter jener auf den Journalisten Milan Pantic im Juni 2001 im zentralserbischen Jagodina, wie auch der auf Dada Vujasinovic, eine Belgrader Journalistin der Zeitschrift "Duga", im April 1994, wurden nach Angaben der Medienorganisation noch immer nicht aufgeklärt.

Der bevorstehende zehnte Todestag Curuvijas sei eine traurige Erinnerung daran, wie weit einige zu gehen bereit seien, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, stellte SEEMO im Schreiben an die serbische Justizministerin fest.

Die Belgrader Behörden hatten nach der politischen Wende im Oktober 2000 die Aufklärung des Mordanschlages auf Curuvija als eine ihrer Prioritäten bezeichnet. Seitdem wurden wiederholt Ermittlungen ohne ein klares Ergebnis geführt. Bisher steht fest, dass Curuvija vor seinem Tod vom damaligen Geheimdienst SDB observiert wurde. Der Mordangriff selbst wurde aber offensichtlich von SDB-Mitarbeitern aus der Unterwelt durchgeführt. Einer der mutmaßlichen Mörder Curuvijas hat sich kurz darauf umgebracht.

(Schluss) oz/vib/cib/ade

APA0615 2009-03-11/16:20

111620 Mär 09

SEEMO besorgt über Angriff auf türkisch-griechischen Journalisten

Utl.: Attacke vor laufender Kamera in Griechenland =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO (South East Europe Media Organisation) zeigt sich angesichts eines tätlichen Angriffs auf einen türkischsprachigen Journalisten in der ostgriechischen Stadt Kamotini besorgt über die Pressefreiheit in m griechisch-türkischen Grenzgebiet. "SEEMO stellt mit Besorgnis die zunehmende Tendenz von Angriffen auf Journalisten in der gesamten Region fest," heißt es in einer Aussendung der Organisation am Mittwoch.

Abdulhalim Dede war vergangene Woche während eines Live-Interviews mit dem griechischen Sender "Antenna TV" von einem Unbekannten lauthals beschimpft und tätlich angegriffen worden. Die Zentrale des Senders in Athen unterbrach die Sendung daraufhin sofort.

Der griechische Journalist und Inhaber einer türkischsprachigen Tageszeitung in Griechenland war zu seiner Meinung zum jüngsten ethnischen Zwist befragt worden. Dazu war es gekommen, weil die türkische Bank "Ziraat Bank" die Einladung für die Eröffnung einer Geschäftsstelle in Komotini nur auf Türkisch und Englisch verfasst und die türkische Bezeichnung für die zur Hälfte von Türken bewohnten Stadt - "Gümülcine" - verwendet hatte. Der regionale Generalsekretär der Bank hatte daher sein Kommen verweigert.

Dede, der sich für die Rechte der türkischsprechenden Bevölkerung in der griechischen Region Thrakien einsetzt, wurde bereits in den vergangenen Jahren mehrmals Opfer von tätlichen Angriffen. 2006 wurde ihm für seine Verdienste von SEEMO der Menschenrechtspreis verliehen.

(Schluss) fpr/jeg/za

APA0678 2009-02-25/17:29

251729 Feb 09

SEEMO über kirchliche Medienpolitik in Mazedonien besorgt

Utl.: Eingeschränkte Berichterstattung =

Wien (APA) - Die in Wien ansässige Südosteuropa-Medienorganisation SEEMO (South East Europe Media Organisation) ist über Bemühungen der orthodoxen Kirche in Mazedonien (FYROM) besorgt, bestimmte Medien an der Berichterstattung zu hindern. In einer Aussendung von SEEMO-Generalsekretär Oliver Vujovic vom Montag werden in diesem Zusammenhang TV Alfa, TV Sitel und die Zeitung "Vecer" angeführt, die im Gegensatz zu anderen Medien seit Jänner 2009 gezwungen sind, Sondergenehmigungen für Film- und Bildberichte über Kirchen und Klöster zu beantragen.

Die eigenmächtig proklamierte kanonische Selbstständigkeit (Autokephalie) der mazedonischen orthodoxen Kirche, die 1967 unter Mithilfe der damaligen kommunistischen Machthaber erfolgt war, ist vom serbischen Patriarchat und von der Weltorthodoxie nie anerkannt worden. Als der serbische Patriarch Pavle nach dem Zerfall Jugoslawiens an die mazedonischen Hierarchen appellierte, in den "Schoß der serbischen Mutterkirche zurückzukehren", hatte nur Erzbischof Jovan (Vraniskovski) dem Appell aus Belgrad Folge geleistet. Nach zwei langen Haftstrafen hatte Jovan das Land verlassen dürfen.

Der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. von Konstantinopel als Oberhaupt der Weltorthodoxie hatte die mazedonische Regierung in mehreren Schreiben darauf aufmerksam gemacht, dass die Inhaftierung des Erzbischofs von Ohrid die Bemühungen Skopjes um einen EU-Beitritt ernsthaft infrage stellen würde. Der nicht anerkannte mazedonische Heilige Synod lehnte nach schwierigen Verhandlungen eine vom Ökumenischen Patriarchen vorgeschlagene Kompromissformel ab, die den Namen "Autonome Erzdiözese Ohrid" statt "Mazedonische Orthodoxe Kirche" vorsah. Die Verleihung der Autokephalie setzt nach kanonischen Regeln die Zustimmung der Mutterkirche, in diesem Fall der serbischen, voraus.
(Schluss) er/ar

APA0302 2009-01-19/12:36

191236 Jän 09